

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Rezeptionspreis für Abnehmer des Tagesblattes für Anzeigen aus dem Erzgebirge 25 Pfennige, aus dem Ausland 50 Pfennige, aus dem Ausland 100 Pfennige, aus dem Ausland 150 Pfennige, aus dem Ausland 200 Pfennige, aus dem Ausland 250 Pfennige, aus dem Ausland 300 Pfennige, aus dem Ausland 350 Pfennige, aus dem Ausland 400 Pfennige, aus dem Ausland 450 Pfennige, aus dem Ausland 500 Pfennige, aus dem Ausland 550 Pfennige, aus dem Ausland 600 Pfennige, aus dem Ausland 650 Pfennige, aus dem Ausland 700 Pfennige, aus dem Ausland 750 Pfennige, aus dem Ausland 800 Pfennige, aus dem Ausland 850 Pfennige, aus dem Ausland 900 Pfennige, aus dem Ausland 950 Pfennige, aus dem Ausland 1000 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1008

Nr. 275

Freitag, den 6. November 1926

21. Jahrgang

Fortsetzung der außenpolitischen Debatte im Reichstag. Nochmals die Denkschrift des Jungdo.

Berlin, 24. Nov. Der Reichstag nahm heute zunächst den Gesetzentwurf über die Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich vom 8. November 1926 über den Austausch von Erzeugnissen einzelner deutscher und saarländischer Industrien, ferner den Gesetzentwurf über den deutsch-polnischen Vertrag zur Regelung der Grenzverhältnisse und endlich über ein Abkommen betreffend den gegenseitigen Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland einerseits und Polen und der freien Stadt Danzig andererseits endgültig an. Darauf wurde die Beratung eines zweiten Nachtragsetats für 1926 mit der Aussprache über die auswärtige Politik fortgesetzt.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftliche Vereinigung) erklärte: Die überschwenglichen Hoffnungen, die in der Regierungspresse an Thoiry geknüpft wurden, sind der Enttäuschung gewichen. Die wichtigste Aufgabe der Außenpolitik ist die Befreiung des Rheinlandes, wobei die Regierung uns immer hinter sich haben wird.

Abg. Müller-Franken (Soz.) führte aus: Die Deutschnationalen haben Bitterbund und Verständigungspolitik immer bekämpft. Wenn sie jetzt anders reden, so tun sie das nur deshalb, weil der Landbund ihren schleunigen Eintritt in die Regierung verlangt. Der Redner erklärte sodann weiter: Wenn Polnarec kürzlich in Warschau gesagt hat, Frankreichs Politik habe sich immer von Haß und Ränke gegen Deutschland freigehalten, so ist das falsch. Bis 1923 war die französische Politik gegen Deutschland von Haß und Ränke diktiert, dafür ist auch der Versailler Vertrag ein Beweis. Die Politik von Locarno und Thoiry bedeutet den endgültigen Verzicht auf Elsass-Lothringen; auf der anderen Seite bedeutet diese Politik, daß die Franzosen ein für alle Mal auf ihren historischen Drang nach dem Rhein verzichten müssen. In der Abwehr des Separatistengeistes haben die Rheinländer gezeigt, wie deutsch sie fühlen. Wir verlangen die völlige Befreiung des jetzt besetzten Rheinlandes und die volle Wiederherstellung der Souveränität in diesem Gebiet. Wir wünschen die schnelle Rückgabe des Saargebietes, wo man auf eine Abstimmung ganz verzichten sollte. Die Militärkontrolle darf auch in veränderter Form nicht fortgesetzt werden. Wird die allgemeine Abrüstung nicht durchgeführt, so müßte das zu einer Krise im Bitterbund führen.

Abg. Graf Hedentlow (Dölk.): Die Aufrollung der Kriegsschuldfrage sei, so erklärte der Redner weiter, nicht zu erreichen, solange die Dawesgesetzgebung und die Locarnoverträge beständen und Deutschland dem Bitterbund angehöre. Die Politik von Genf und Thoiry sei eine ungeheure Blamage für Deutschland.

Abg. Dr. v. Freytag-Loringhoven (Dn.) begründete den Antrag der bürgerlichen Parteien bezüglich einer Prüfung der Kriegsschuldfrage und erklärte, die gestrigen Ausführungen des Ministers des Auswärtigen hätten das Urteil seiner Partei über die Erfolglosigkeit seiner durch die Namen Thoiry und Genf gekennzeichneten Politik nicht erschüttern können. Ebenso wenig hätten die Ausführungen des Ministers über die Militärkontrolle und die Investitionen befriedigt. Auch er verurteilte die Flaggenschiffung des deutschen Botschafters in Washington.

Reichswehrminister Dr. Gessler

erklärt dann: Ich habe auf Wunsch vor allem des Reichsaußenministers mir das Wort erbeten, um auf die Erklärungen einzugehen, die heute

der Vorstand des Jungdeutschen Ordens

abgegeben hat. Ich habe das Memorandum sorgfältig durchgelesen. Es beschäftigt sich mit den Vorwürfen des Jahres 1921, und zwar heißt es da: Damals habe man einen Überfall auf die französischen Besatzungstruppen veranlassen wollen und dann wird davon gesprochen, daß im Mittelpunkt der Aktion ein damals vielgenannter General gestanden habe. Wabraun meint, das hätte er uns nicht mitteilen müssen. Der General, der da gemeint ist, ist General von Watter. Er gehört zu denjenigen Personen, vor denen ich im Jahre 1922 selbst den Reichstag gewarnt habe, indem ich auf den „Verrückten“ hingewiesen habe. Das war der Grund, weshalb wir ihn damals gleich nach dem Rapp-Wutsch von seinem Kommando abgelöst und verabschiedet haben. General Watter ist es allerdings gewesen, der in der Aufregung diese Pläne gehabt hat. Deshalb habe ich auch damals im Reichstage gegen diese aktivistischen Pläne aufs schärfste Stellung genommen und Watter aufs sorgfältigste überwacht. Was Watter den Deutschen

damals vorredete, war glatter Schwindel. Er hat die jungen Leute vor die französischen Maschinengewehre treiben wollen. (Abg. Ditmann (Soz.): Ist es richtig, daß Watter 18 000 M. Pension bekommt?) Das weiß ich nicht. Die Offiziere des alten Heeres unterstehe ich nicht mir, sondern dem Reichsarbeitsministerium. Ich glaube nicht, daß er so viel bekommt. Wehren muß ich mich aber dagegen, daß Wabraun es so darstellt, als ob er mich über die Vorgänge von 1921 jetzt im Jahre 1926 noch informieren muß. Ueber diese Dinge war schon damals die Reichsregierung sowohl, wie die preussische vollständig informiert. Was hier behauptet wird, sind Dinge, die allgemein längst bekannt waren; im Jahre 1925 sollen wieder ähnliche Pläne bestanden haben. Da wird der Name des Obersten Nicolai genannt. Auch hier haben die Leute sich völlig zu Unrecht auf Beziehungen zu uns berufen. Damit dies völlig klar gestellt wird, habe ich den Minister Severing gebeten, diesen Dingen nachzugehen. Der Oberst Nicolai ist sorgfältig beobachtet worden; man hat aber keinen Anlaß gefunden, gegen ihn etwas zu unternehmen. Er ist ins Ausland gegangen und hält sich, glaube ich, dort noch heute auf. Es hat sich bei diesen Plänen um unverantwortliche Kreise gehandelt, die verflucht haben, uns in außenpolitische Verwicklungen hineinzubringen. Wir haben mit diesen Dingen nichts zu tun. Wir haben nur unsere Pflicht getan. Daß durch solche Behauptungen in einem Augenblick, wo

Der Inhalt der Wabraunschen Denkschrift. Das sagenhafte Sprengmittel.

Der Jungdeutsche Orden stellt der Presse die folgende Erklärung Arthur Wabrauns zur Verfügung:

Reichswehrminister Gessler hat im Reichstag an der ihm von mir eingereichten Denkschrift Stellung genommen. Er hat erklärt, die Denkschrift behandle „Streitigkeiten zwischen früheren aktiven Offizieren und ihren Verbänden, wor die richtige Vaterlandsliebe habe“, und bringe die „Besorgnis des Ordens um Ausdruck, daß die Reichswehr in diese Streitigkeiten hineingezogen werden könne, ohne daß diese Besorgnis näher begründet worden sei.“ Bereits am 22. November soll das Reichswehrministerium laut Pressemeldungen die Erklärung abgegeben haben, es sei ihm über derartige Dinge — gemeint ist offenbar der Inhalt der Denkschrift — nie etwas bekannt geworden, es seien wohl vor Jahr und Tag derartige „Gerüchte“ aufgetaucht. Hierzu habe ich zu bemerken:

Ich habe die Denkschrift auf Anforderung des Reichswehrministers eingereicht.

In ihr befinden sich die Beweise, daß im großen Rahmen verübt wurde, Organisationen, welche sich auf die Reichswehr beriefen, für ein Abenteuer einzusetzen, dessen Verwirklichung ein fürchterliches Unglück für das deutsche Reich herbeiführt hätte. Für dieses Abenteuer wurden in den Reihen des Jungdeutschen Ordens Truppen geworben. Da dieser Zustand, für den in der Vergangenheit bereits Parallelen bestehen, unhaltbar war, kam nur ein Eingreifen des Reichswehrministers in Frage.

Bereits im Jahre 1923 wurde auf ganz ähnliche Weise verübt, wurde, Organisationen, welche sich auf die Reichswehr beriefen, für ein Abenteuer einzusetzen, dessen Verwirklichung ein fürchterliches Unglück für das deutsche Reich herbeiführt hätte. Für dieses Abenteuer wurden in den Reihen des Jungdeutschen Ordens Truppen geworben. Da dieser Zustand, für den in der Vergangenheit bereits Parallelen bestehen, unhaltbar war, kam nur ein Eingreifen des Reichswehrministers in Frage.

ein neues undenes Sprengmittel,

mit dessen Hilfe man auf elektrischem Wege sämtliche Sprengstoffe der Franzosen in die Luft sprengen könne.

Diese Angabe wurde in weitesten Kreisen geglaubt, da der General erklärte, selbst der Vorführung die er gigantischen Erfindung beigewohnt zu haben. Er teilte bereits Truppen zur Sprengung der Rheinbrücken ein. Ich bin in der Lage, Offiziere zu nennen, welche die Befehle von ihm erhielten. Da überall der Eindruck erregt wurde, daß die Reichswehr hinter dieser Aktion stehe, entstand in nationalen Kreisen, die mir nahestehen, eine Psychose, in der jeder Appell an die Vernunft verhallte. Ausführungen, welche ich zu geben versuchte, wurden mit der Behauptung zurückgewiesen, ich sei zu schlapp, diese Sache mitzumachen. Bei der im Ruhrgebiete herrschenden Erregung konnte die Explosion jederzeit erfolgen. In letzter Stunde gelang es mir, die Nachricht von der gigantischen

der Außenminister sich um Verständigung bemüht, im Ausland die phantastischen Vorstellungen entstehen müssen, ist doch selbstverständlich.

Abg. Dr. Wirth (Zentr.)

erklärt, man könne eine Opposition von der Art des Dr. Gessler vielleicht begründen, man dürfe aber nicht von einer „nationalen“ Opposition sprechen. Das Wort „national“ wird nirgends soviel gebraucht und gemißbraucht wie in Deutschland. Dieser Winter ist der Prüfstein für die Politik, die wir alle machen wollen, mit Frankreich zu einer aufrichtigen, dauernden Verständigung zu kommen.

Donnerstag 9 Uhr: Fortsetzung der auswärtigen Debatte und Abstimmung über die Mißtrauensvoten, zweite Beratung des Gesetzes gegen Schmutz und Schund.

Zwei Mißtrauensanträge gegen Stresemann

Im Reichstag ist außer dem kommunistischen auch von der völkischen Reichstagsfraktion zur auswärtigen Debatte ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann eingegangen.

Die Preussische Regierung und Wabrauns Denkschrift.

Berlin, 24. Nov. Die Denkschrift Wabrauns ist, wie die Blätter erfahren, der preussischen Regierung in ihren wichtigsten Teilen bekannt, doch ist die Regierung bisher noch nicht amtlich in den Besitz der Denkschrift gekommen.

Erkundung als glatten Schwindel zu entlarven.

Im Herbst des gleichen Jahres wurde für einen Feldzugplan Stimmung gemacht, in dem man sich ebenfalls auf den Willen der Reichswehr berief.

Polen sollte im Bunde mit Rußland überfallen werden und dann gemeinsam mit der großen Armee der Kampf an der Elbe gegen Frankreich ausgenommen werden. Man suchte wieder Ordensbrüder für den Plan zu gewinnen und zu vereidigen. Einer meiner Mitarbeiter ging den Meldungen der Ordensbrüder nach und stellte fest, daß der durch die Landsberger Prozesse inzwischen bekannt gewordene Oberleutnant Schulz die Seele dieser Bestrebungen war. Schulz erläuterte ihm den Plan mit folgenden Worten:

„Der Westen ist separatistisch, der Süden katholisch. Auf beide können wir nicht rechnen. Wir müssen deshalb die Franzosen zwingen, bis zur Elbe zu marschieren. Dann nehmen wir den Polen Land, um Arbeit zu erledigen zu können und errichten einen nationalen Agrarstaat im Osten. Dieser wird dann die Basis für die Wiedergeburt Deutschlands sein.“

Diese Nachricht wurde von mir dem Reichswehrministerium mitgeteilt. Trotzdem brach der Rührer Wutsch aus.

Als ich im Jahre 1925 einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich das Wort redete, setzte seitens gewisser Reichskreise ein Kampf gegen mich ein, der sogar zur Einleitung eines Landesverratsverfahrens gegen meinen Mitarbeiter Vornemann und mich führte. Ich habe festgestellt, daß wieder Kräfte am Werke waren, die nationale Bewegung für ein Zusammengehen mit Sowjetrußland gegen Frankreich zu gewinnen. Wieder spielte die Elbe eine große Rolle. Der Oberst Nicolai, dessen politische Betätigung sehr unübersichtlich ist, dessen Sympathien für Sowjetrußland ich aber sehr feststellen konnte, agitierte für diesen Plan, und Kreise, welche sich auf die Reichswehr beriefen, behaupteten sogar, entsprechenden Aufschlag zu haben, und trafen dafür Vorbereitungen.

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, diergegen die Hilfe des Reichswehrministers anzusuchen und habe ihm meine Beobachtungen vertraulich mitgeteilt. Sie bilden den Inhalt meiner Denkschrift. Die Behauptung des Reichswehrministers, daß ich ihn gewissermaßen nur als Schlussrichter in einem Streit mit anderen Verbänden angerufen habe, ist völlig abwegig.

Ich lasse meine Erklärung dahin zusammen, daß die von mir eingereichte Denkschrift nachweislich den einzigen Anlaß hat, den Mißbrauch nationaler Kräfte und Organisationen zu landesverrätischen außenpolitischen Abenteuern zu verhindern. Auf Grund meiner Kenntnisse bin ich überzeugt, diesen Zweck auch zum Teile des Vaterlandes erreicht zu haben.

Die Erklärung schließt mit der Versicherung Wabrauns, daß er auch fernwärts seine ganze Kraft dazu verwenden werde, um derartige Abenteuer zu verhindern die Deutschland nur in neues unabsehbares Unglück stürzen würden.